

Öffentliche Beschaffung 2025: Too big to fail

Die öffentliche Beschaffung steht vor gewaltigen Herausforderungen: Klimawandel, Digitalisierung und nachhaltige Infrastruktur prägen die Agenda 2025. Österreich muss jetzt entscheiden, ob es Vorreiter oder Nachzügler sein will – mit 72 Milliarden Euro Investitionskraft im Vergabesystem.



2024 war ein prägendes Jahr für die Vergaberechtsszene in Österreich. Eine Europawahl, zwei Landtagswahlen, die Nationalratswahl im Herbst und nicht zuletzt die Wahlen in den USA haben das politische Klima und den öffentlichen Diskurs bestimmt. Großprojekte wie das Leitspital in Liezen oder der Salzburger S-Link wurden geplant und dann wieder zu Grabe getragen. Zeitgleich beschäftigte sich die Vergaberechtsszene mit ethischen Themen wie der Integration des digitalen Humanismus in sämtliche Digitalisierungs-Ausschreibungen oder der möglichen Anerkennung von Klimaschutz als Menschenrecht, was in Zukunft auch eine strafrechtliche Relevanz für politische Entscheider:innen bringen könnte.

Noch nie war unser Anspruch, Vergaberecht neu zu denken, so aktuell wie in diesem Jahr. Und mit Blick auf 2025 werden die Herausforderungen nicht kleiner – ganz im Gegenteil. Die öffentliche Beschaffung ist mit ihren 72 Vergabe-Milliarden, die Jahr für Jahr ins System gespeist werden, der größte Hebel, um nachhaltige und zukunftsfähige Strukturen zu etablieren. Ein Hebel, den es zu nutzen gilt.

Ein Jahr der Transformation

ESG ist gekommen, um zu bleiben. Ein wesentlicher Meilenstein war die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Fall „Müllner vs. Austria“ diesen Sommer. Eine Entscheidung, die neue Maßstäbe für die öffentliche Beschaffung setzt, denn eines zeichnet sich angesichts von Hitzerekorden und Hochwasserkatastrophen ab: Das Menschenrecht auf Klimaschutz wird kommen. Nachhaltige Vergabe ist nicht mehr nur eine Option, sondern eine Verpflichtung.

Das vergangene Jahr hat zudem gezeigt, wie wichtig die Transformation des Bauwesens ist. Der Sektor trägt fast 40 % der globalen CO₂-Emissionen. Projekte wie die Initiative „Raus aus Gas“ der Stadt Wien waren erste Schritte, doch die Geschwindigkeit bleibt unzureichend. Es braucht mehr Fokus auf lebenszyklusorientierte Planung und serielle Sanierungen, um CO₂-Emissionen nachhaltig zu senken.

Digitalisierung und ihre Rolle in der Vergabe

Eine weitere Baustelle ist der Bereich der Digitalisierung. Dort bot sich auch 2024 enormes Potenzial, das vielfach nicht genutzt wurde. Digitale Tools helfen dabei, Effizienzgewinne und Nachhaltigkeitsziele miteinander zu verbinden. Doch sie erfordern auch Akzeptanz und eine strategische Integration in die Vergabep Praxis. Dasselbe gilt für die Nutzung von KI – eine Technologie, die erst am Anfang steht, bei deren Nutzung Österreich aber bereits jetzt Schlusslicht ist. Eine Einbindung der Privatwirtschaft, die hier schon deutlich weiter ist, scheiterte bislang am Silodenken. Vorreiter in der Entwicklung von KI-Technologie wird Österreich nicht mehr werden. Wir müssen aber zu den Vorreitern in der Anwendung gehören.

Infrastrukturprojekte im Stau

Das Jahr 2024 brachte auch die Grenzen der Planungs- und Entscheidungsprozesse für Großprojekte ans Licht. Der S-Link in Salzburg, der Lobautunnel oder das Leitspital Liezen wurden durch Bürgerinitiativen verhindert – oft nach langen und teuren Vorlaufphasen. Diese Beispiele zeigen: Die Blockadehaltung einzelner Interessengruppen darf nicht das Gemeinwohl behindern. Es braucht nicht nur Mut zur Entscheidung, sondern auch zur Umsetzung.

Der Blick nach vorn

Mein Appell für das neue Jahr richtet sich daher nicht nur an die Politik, sondern an uns alle: Setzen wir klare Prioritäten und sorgen wir dafür, dass Entscheidungen nicht in Kompromissen ertrinken. Für meine Profession bedeutet das: Vergaberecht muss als Blue Public Procurement verstanden werden, angelehnt an das Prinzip der Blue Economy, das nicht den Verzicht, sondern die Weiterentwicklung als Schlüssel für eine lebenswerte Welt sieht.

Die Zukunftsfähigkeit unseres Landes hängt von unserer Fähigkeit ab, Veränderungen aktiv zu gestalten. Das erfordert von uns allen Mut, Verbindlichkeit aber auch Demut. Österreich kann zum Vorreiter werden, wenn wir gemeinsam handeln – jenseits politischer und gesellschaftlicher Egoismen.



Martin Schiefer

ist Österreichs Top-Vergaberechtsexperte und Partner der Kanzlei Schiefer Rechtsanwälte mit Hauptsitz in Wien und weiteren Standorten in Salzburg, Graz, Klagenfurt und St. Pölten. Mit seinem 50-köpfigen Expert:innen-Team und Kanzlei-Partnerin Maria Troger hat es sich Schiefer zur Aufgabe gemacht, Vergaberecht neu zu denken: strategisch, innovativ und regional. Mehr Informationen auf: [schiefer.at](https://www.schiefer.at)